

foodwatch verklagt Edeka-Online-Shop wegen fehlender Nährwertangaben – zahllose Produkte ohne Kennzeichnung von Zucker, Fett oder Salz verkauft

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
Pressemitteilung

Berlin, 27. Oktober 2017. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat einen Online-Lebensmittelshop von Edeka wegen fehlender Nährwertangaben verklagt. Der Betreiber der Seite www.edeka-lebensmittel.de verkauft zahlreiche Produkte, ohne Informationen etwa zum Zucker-, Fett- oder Kaloriengehalt anzugeben – ein klarer Verstoß gegen europäisches Lebensmittelrecht.

„Online-Supermärkte liegen im Trend. Aber auch beim Einkauf im Internet muss sichergestellt sein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher die Zucker- oder Fettgehalte von Lebensmitteln erkennen können“, sagte Luise Molling von foodwatch. „Hersteller und Händler sind verpflichtet, die Nährwerte anzugeben – direkt auf den Verpackungen, aber auch im Online-Shop. Es ist nicht nur ärgerlich, sondern schlichtweg rechtswidrig, wenn den Verbraucherinnen und Verbrauchern diese Pflichtangaben vorenthalten werden.“

foodwatch hatte den Betreiber des Online-Shops, den in Hamburg ansässigen Lebensmittelhändler Edeka Bleise, im September wegen fehlender Pflichtangaben abgemahnt. Nachdem das Unternehmen – trotz mehrfacher Fristverlängerungen – die Unterlassungserklärung nicht unterzeichnete und weiterhin

etliche Lebensmittel ohne Nährwertangaben auf seiner Webseite listet, reichte foodwatch diese Woche Klage beim Landgericht Hamburg ein. Der Edeka-Verbund betreibt eine eigene Seite (edeka24.de), die selbständigen Edeka-Kaufleute haben teilweise aber auch selbst Online-Shops eingerichtet. Edeka-lebensmittel.de ist dabei nach eigenen Angaben der „größte Onlineshop für Lebensmittel und den täglichen Bedarf“ und liefert seine Produkte europaweit. Im Gegensatz zu Edeka Bleise hatte der Lebensmittelhändler Rewe im August dieses Jahres nach einer Abmahnung durch foodwatch fehlende Pflichtangaben in seinem Online-Shop nachgetragen und eine entsprechende Unterlassungserklärung abgegeben. foodwatch hatte kritisiert, dass Rewe verschiedene Produkte seiner Eigenmarken „ja!“, „Feine Welt“ und „Beste Wahl“ ohne Nährwertinformationen auf der Seite bewarb.

Seit Ende 2016 schreibt die „EU-Lebensmittel-Informationsverordnung“ Herstellern eine verbindliche Nährwertkennzeichnung auf der Verpackung von Lebensmitteln vor. Werden Lebensmittel im Internet angeboten, gilt diese Informationspflicht auch für die Shop-Seiten der Online-Händler. Die sieben Pflichtangaben der Nährwertkennzeichnung umfassen den Brennwert sowie die Gehalte an Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Zucker, Eiweiß und Salz. Diese Werte müssen sich auf 100 Gramm oder 100 Milliliter des Lebensmittels beziehen.

Weiterführende Informationen:

Klageschrift von foodwatch: tinyurl.com/Edeka-Klage

Online-Shop von Edeka Bleise: www.edeka-lebensmittel.de

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Oberlandesgericht Hamm verhandelt „Klimaklage“ gegen RWE

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
Pressemitteilung und Terminhinweis Germanwatch

Am 13. November ab 12:30 Uhr verhandelt der 5. Zivilsenat in zweiter Instanz den Fall des peruanischen Bergführers Saúl Luciano Lliuya gegen RWE. Bei diesem juristischen Präzedenzfall geht es darum, ob der Energiekonzern als einer der Hauptverursacher des Klimawandels anteilig Schutzmaßnahmen vor durch die Erderwärmung entstehende Risiken in der Heimat Lliuyas bezahlen muss.

Bonn/Hamm (3. Nov. 2017). Am 13. November (Montag) ab 12:30 Uhr wird der 5. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm die Berufung des peruanischen Bergführers und Kleinbauern Saúl Luciano Lliuya mündlich verhandeln. Der Termin fällt mitten in die zweiwöchige UN-Klimakonferenz in Bonn (6. – 17. Nov.). Bei dem als „Klimaklage“ bekannt gewordenen Fall geht es um die Frage, ob der Energiekonzern RWE anteilig für Schutzmaßnahmen vor Klimawandelfolgen in den Hochanden aufkommen muss. Dort droht eine Flutwelle infolge eines durch den Klimawandel stark angeschwollenen Gletschersees oberhalb der Stadt Huaraz. Das Landgericht Essen hatte die Zivilklage in erster Instanz des in Europa einmaligen Falles abgewiesen. Nun geht es darum, ob die Beweisaufnahme eröffnet wird. Wenn dies geschieht, wäre dies ein Durchbruch in dem Präzedenzverfahren. Denn damit würde das Gericht akzeptieren, dass der Fall zu gewinnen ist, wenn die Beweise im Detail ausreichen.
„Ich bin zuversichtlich, dass das Oberlandesgericht Hamm sich

dem Fall jetzt richtig zuwenden wird. Grundsätzlich ist die Klage schlüssig – jetzt muss endlich die Beweisaufnahme folgen, denn viele Fakten sind ja zwischen den Parteien umstritten“, sagt die Rechtsanwältin des Klägers, Dr. Roda Verheyen (Hamburg). „Für meinen Mandanten wäre damit klargestellt, dass grundsätzlich Verantwortung für die Folgen des Klimawandels auch bei den großen Verursachern liegt. Das Überflutungsrisiko in Huaraz ist eine Folge des menschengemachten globalen Klimawandels und damit auch eine Folge der Emissionen der Beklagten. Das können und wollen wir beweisen.“

Der Kläger Saúl Luciano Lliuya, der ebenfalls in Hamm anwesend sein wird, ergänzt: „Für mich ist RWE mitverantwortlich für die Risiken, die uns in Huaraz bedrohen. Wissenschaftlichen Studien zufolge wächst der See oberhalb meiner Heimatstadt wegen der beschleunigten Gletscherschmelze und die Risiken durch von Eisabstürzen ausgelöste Flutwellen nehmen weiter zu. RWE gehört zu den größten Emittenten der Welt. Aber diese Konzerne übernehmen für die Folgen ihrer Emissionen bisher keinerlei Verantwortung. Man muss kein Rechtsgelehrter sein um zu erkennen, dass das Unrecht ist.“

Das Verfahren ist ein Präzedenzfall. Saúl Luciano Lliuya möchte erreichen, dass RWE seinem Anteil an der Verursachung des Klimawandels entsprechend für Schutzmaßnahmen an einem Gletschersee oberhalb der Andenstadt Huaraz aufkommt. Dem Teil der Stadt, in dem Luciano Lliuya und seine Familie wohnen, droht wegen der durch den Klimawandel beschleunigten Gletscherschmelze eine akute Flutgefahr. Ein Abbruch des schmelzenden Gletschers über dem vollen See könnte zu einer verheerenden Flutwelle führen, von der laut Studien bis zu 50.000 Menschen direkt betroffen wären. RWE lehnt die Forderung jedoch ab.

„Jeder, der Risiken verursacht, muss auch seinen Teil der Kosten für den Schutz der davon betroffenen Menschen übernehmen“, sagt Klaus Milke, Vorsitzender der Umwelt- und

Entwicklungsorganisation Germanwatch, die Luciano Lliuyas Anliegen unterstützt und ihn berät. „Wir setzen darauf, dass nach einem Erfolg solcher zivilrechtlicher Fälle der Handlungsdruck auf die Politik viel größer würde. Die während der Verhandlung stattfindende UN-Klimakonferenz in Bonn ist insofern ein wichtiger Resonanzboden für diesen Fall. Denn es geht auf längere Sicht um eine politische Lösung für all‘ diejenigen, die heute und künftig Schäden und Verluste durch den Klimawandel erleiden, den andere zu verantworten haben.“

Für die Anwalts- und Gerichtskosten des Klägers in diesem Musterverfahren tritt die Stiftung Zukunftsfähigkeit ein und ruft zu Spenden auf.

Hinweise für Redaktionen:

- Saúl Luciano Lliuya wird am morgigen Samstag (4.11.) an der Demonstration „Klima schützen – Kohle stoppen“ in Bonn (ab 12 Uhr) und am 13.11. an der Verhandlung vor dem OLG Hamm teilnehmen. Kontaktvermittlung im Vorfeld (auch für Termine in der Woche 6. – 10.11.) über Stefan Küper (Kontakt s.u.).
- Für Bildaufnahmen im OLG ist ggf. eine Akkreditierung erforderlich. Dafür wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Gerichts: pressestelle@olg-hamm.nrw.de

– Weitere Informationen:
<http://germanwatch.org/de/der-fall-huaraz>

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org

Erfolgsgeschichte „Umweltschutz“ – DBM Druckhaus Berlin-Mitte gewinnt Druck & Medien Award 2017 als umweltorientiertes Unternehmen

geschrieben von Andreas | 3. November 2017



Pressemitteilung

Berlin, Oktober 2017. Das Druckhaus Berlin-Mitte (DBM) ist bundesweit bekannt geworden, weil es als erste Druckerei im deutschsprachigen Raum das bekannteste Umweltsiegel, den „Blauen Engel“ für Druckereierzeugnisse, erhalten hat. Dass das Engagement des Hauses bei der Nachhaltigkeit über die Anforderungen des Umweltsiegels hinausgeht hat die Jury des Druck & Medien Awards davon überzeugt es als „umweltorientiertes Unternehmen des Jahres“ auszuzeichnen.

Die Begründung der Jury: „Wer das Druckhaus Berlin-Mitte besucht, merkt schnell, dass das Unternehmen den Umweltgedanken wirklich lebt. Der ressourcenschonende Umgang mit der Umwelt ist ein wichtiges Merkmal der Hauptstadtdruckerei. Das Umweltmanagement ist nach EMAS 3 validiert. Als erste Druckerei bot das Unternehmen seinen Kunden die Möglichkeit, Druckerzeugnisse nach den strengen Regeln des Blauen Engel zu produzieren und auszeichnen zu lassen. Natürlich ist man auch FSC-zertifiziert.“

Der Druck & Medien Award ist eine weitere Belohnung für die Erfüllung der sehr anspruchsvollen Anforderungen des „Blauen Engels für Druckerzeugnisse“. Das Einhalten der Kriterien verbesserte den Gesundheitsschutz für die Mitarbeiter und sichert durch die Verwendung entsprechender Farben, Lacke und Leime die problemlose Deinbarkeit und Rezyklierbarkeit der Druckerzeugnisse zu denen mittlerweile auch Hard- und Softcoverbücher gehören. Mit der Einführung prozessloser Druckplatten wird zusätzlich Wasser, Chemikalien und Energieverbrauch eingespart. Das integrierte Qualitäts- und Umweltmanagement wird von Kunden als eine sichere Basis für die Erfüllung ihrer Kriterien für ein hochwertiges Druckerzeugnis angesehen. Deren Auftraggebern oder Endkunden gegenüber können diese den Einsatz höchster Umweltstandards nachweisen. Zugleich profitieren sie für ihre eigene Arbeit und ihr Image von der Beratung und den Umweltleistungen des Druckhauses Berlin-Mitte.

Es sorgt auch für den notwendigen wirtschaftlichen Erfolg. In den vergangenen zwei Jahren wurden insgesamt 82 Projekte produziert, die vollständig den Kriterien des Blauen Engel für Druckerzeugnisse entsprachen und ausgezeichnet wurden. 75% dieser Aufträge kamen von Neukunden. Aktuell sind beim Blauen Engel 31 anbietende Druckereien aufgeführt. Diese haben für insgesamt 130 Druckerzeugnisse die Blauer Engel-Auszeichnung erhalten. Nach Titeln liegt der Marktanteil des Druckhauses Berlin-Mitte damit bei 38%.

Über DBM Druckhaus Berlin-Mitte

Das Druckhaus Berlin-Mitte gilt als eine der

umweltfreundlichsten Druckereien Deutschland. Sie ist die erste Druckerei, die Druckprodukte mit dem „Blauen Engel“ UZ-195 kennzeichnen darf. Im Druckhaus arbeiten rund 65 Mitarbeiter an zwei Standorten. Die Druckerei bietet hochwertigen Offsetdruck, Weiterverarbeitung, Veredelung sowie Mailingproduktion an. Zum Einsatz kommen dabei 5-Farb-Druckmaschinen.

Das Unternehmen bietet die klimaneutrale Druckproduktion, durch den Ausgleich mittels hochwertiger Zertifikate (Gold-Standard). Seit 2002 ist das Umweltmanagement der Druckerei nach EMAS validiert und es ist ein der ISO-Norm 9001 entsprechendes Qualitätsmanagement installiert.

Über die Druck&Medien Awards

Seit 2005 werden die Awards jedes Jahr im Herbst in verschiedenen Kategorien vergeben und zeichnen herausragende Printprodukte und die dahinterstehenden Kompetenzen, Betriebe und Personen der Druck- und Medienbranche aus.

Kontakt:

DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH

Martin Lind

Wilhelm-Kabus-Straße 21-35

10829 Berlin

Telefon 030 / 20 35 32 76

Telefax 030 / 20 35 32 75

mlind@druckhaus-berlin-mitte.de

www.druckhaus-berlin-mitte.de

Pressekontakt:

Marketing Partnership:

Markus Galla

Telefon 089 / 66 61 62 41

mg@markusgalla.de

EcoCrowd verzichtet auf Fixe Provision

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
Pressemeldung

Die Crowdfunding-Plattform EcoCrowd wurde seit 2015 kontinuierlich weiterentwickelt und trägt großes Zukunftspotenzial für die Unterstützung sozial und ökologisch nachhaltiger Projekte in sich.

Drei spannende Weiterentwicklung wurden auf der EcoCrowd-Convention am 21. Oktober 2017 vorgestellt:

- Mit dem neuen Modul „**Finde Helfer*Innen**“ können Projektstarter*Innen ab November nicht nur finanzielle Unterstützung für Projekte erhalten, sondern auch Helfer*Innen für das Projekt suchen und so von den Erfahrungen und der Expertise der Crowd profitieren. Aus Sicht der Projektleitung war die Erweiterung der Plattform unbedingt notwendig, denn „in vielen Projekten fehlt es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern auch an Know-How und aktiven Mithelfern. Dagegen musste etwas getan werden. Mit dem „Finde Hilfer*Innen“-Modul sollen Projekte ganzheitlich zum Erfolg geführt werden“, erklärt Michael Golze, EcoCrowd-Projektleiter. (Launch: November 2017)
- Mit der **freiwilligen Provision** können die Projektstarter ab jetzt ihren Beitrag zur Erhaltung der Plattform selber wählen. Damit schaffen wir Vertrauen und Transparenz. (Launch: November 2017)
- Mit der **englischsprachigen Übersetzung** möchte EcoCrowd ein breiteres Publikum ansprechen. Da die Plattform

weltweit nachhaltige Projekte unterstützt, möchten wir Projektstartern die Möglichkeit bieten, außerhalb des deutschsprachigen Raumes Unterstützer zu gewinnen sowie englischsprachigen Projektstartern auf unserer Plattform das Crowdfunding ermöglichen. (Launch: Januar 2018)

Über EcoCrowd

Die EcoCrowd ist eine Bewegung, die sich für mehr Nachhaltigkeit einsetzt und mit spannenden Projekten zeigt, dass Nachhaltigkeit Spaß macht und erlebbar ist. Für all diese Menschen – für die EcoCrowd – hat die Deutsche Umweltstiftung diese Crowdfunding-Plattform ins Leben gerufen. Einen Ort im Netz, an dem nachhaltige Ideen unterstützt, diskutiert und realisiert werden können – step by step, ohne Fundingsschwelle und im nachhaltigen Umfeld der Deutschen Umweltstiftung. EcoCrowd wird gefördert durch das Umweltbundesamt, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und webgo für Webhosting mit Verantwortung.

Über die Deutsche Umweltstiftung

„Hoffnung durch Handeln“ – dies ist das Motto der am 31. März 1982 in Mainz auf Initiative von Hans Günter Schumacher und anderen gegründeten gemeinnützigen Deutschen Umweltstiftung. Die Deutsche Umweltstiftung ist ungebunden, politisch und wirtschaftlich unabhängig. Hinter der Deutschen Umweltstiftung stehen aktuell 2.653 Stifterinnen und Stifter (Stand: 09.10.2017). Damit ist sie nach Zahl der sie tragenden Personen die größte und älteste deutsche Bürgerstiftung – und damit selbst ein mustergültiges Beispiel für erfolgreiches Crowdfunding.

Pressekontakt

Michael Golze

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Tel.: 030 202384281

michael.golze@deutscheumweltstiftung.de

Klimawandel treibt Menschen in die Flucht – Oxfam-Bericht: Risiko in armen Ländern fünfmal höher als in reichen

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
[Presse-Info]

Berlin, 2. November 2017. Menschen in ärmeren Ländern tragen ein fünffach höheres Risiko, wegen extremen Unwettern, Stürmen oder Überschwemmungen zur plötzlichen Flucht gezwungen zu werden als Menschen in den reichen Ländern. Das geht aus dem Bericht „Uprooted by Climate Change“ hervor, den die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam im Vorfeld der Bonner Weltklimakonferenz COP23 vorgestellt hat. Oxfam fordert von den Regierungen, ihre Klimaschutzbemühungen auszuweiten, aus den fossilen Energien auszusteigen und ärmere Länder stärker bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Oxfams Datenanalyse für die Jahre 2008-2016 zeigt, dass in den ärmeren Ländern im Durchschnitt pro Jahr 14 Millionen Menschen (0,42 Prozent der Bevölkerung) ihre Wohnorte fluchtartig verlassen mussten, um Schutz vor Unwetterkatastrophen zu suchen – verglichen mit knapp einer Million Menschen in den reichen Ländern (0,08 Prozent der Bevölkerung). 2016 zwangen plötzlich auftretende Unwetter insgesamt 23,5 Millionen Menschen in die Flucht. Menschen, die wegen längerfristig entwickelnden Extremwetterlagen, etwa infolge schwerer Dürren, ihre Wohnorte aufgeben mussten, sind dabei noch nicht

berücksichtigt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 betraf dies nach Oxfam-Schätzungen mindestens 1,9 Millionen Menschen.

Fidschi: Nach Zyklon Winston 55.000 Menschen obdachlos

Der Report "Uprooted by Climate Change" schildert, wie Menschen der drohenden Vertreibung durch den Klimawandel begegnen – so auch im Pazifikstaat Fidschi, der den Vorsitz der am 6. November beginnenden UN-Weltklimakonferenz innehat. Dort waren wegen des Zyklons Winston rund 55000 Einwohner/innen obdachlos geworden; die ökonomischen Schäden summierten sich auf ein Fünftel der Wirtschaftsleistung des Landes. Auch im Inselstaat Kiribati zieht die Regierung Umsiedelungen in Betracht – als letzte Möglichkeit, denn trotz steigender Ozeane und heftigerer Stürme möchten die Menschen in ihrer Heimat bleiben:

„Ich hoffe für unser Land, dass die Verhältnisse so bleiben wie sie sind und dass wir hierbleiben können, in dem Land, mit dem wir vertraut sind und wo unsere Vorfahren begraben sind“, sagt Claire Anterea, Umweltaktivistin des Climate Action Network von Kiribati.

Oxfam betont, dass Unwetter zwar nicht per se auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Vielerorts wird aber ihr Auftreten infolge des menschengemachten Klimawandels wahrscheinlicher und heftiger. Der steigende Meeresspiegel erodiert flache Küstenstreifen und bedroht die kleinen Inselstaaten, Dürren lassen die Pflanzen vertrocknen, sintflutartige Regenfälle schwemmen die Ernte von den Feldern.

Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam: „Der Klimawandel verschärft Hunger und Armut und zwingt mehr und mehr Menschen zur fluchtartigen Aufgabe ihrer Heimat. Dabei tragen die Betroffenen zum Klimawandel so gut wie gar nichts bei, stehen aber nach Katastrophen nicht selten vor dem Ruin.“

Deutsche Kohlekraftwerke zerstören Lebensgrundlagen in armen

Ländern

Mit Blick auf die laufenden Sonderungsgespräche zur Bildung einer Jamaika-Koalition für eine neue Bundesregierung ergänzt Jan Kowalzig: „Eine Obergrenze für Flüchtlinge zu fordern, ist ohnehin ein Akt wider die Menschenwürde und verhöhnt die Werte unserer Gesellschaft. Solch eine Forderung wird noch um ein vielfaches zynischer, solange Deutschland mit seinen Kohlekraftwerken den Klimawandel weiter anheizt und dadurch die Lebensgrundlagen der Menschen in den armen Ländern zerstört.“

Von den Regierungen fordert Oxfam deutlich mehr Ehrgeiz im Klimaschutz und insbesondere eine Abkehr von den fossilen Energien. Gerade die reichen Länder müssen die ärmeren Länder deutlich stärker als bisher bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen und für Zerstörungen infolge des Klimawandels aufkommen. Zudem muss der Schutz für Menschen auf der Flucht vor den Folgen des Klimawandels international abgesichert werden, etwa im Global Compact zu Flucht und Migration, der nächstes Jahr beschlossen werden soll.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

foodwatch fordert Abschaffung der Mehrwertsteuer für Obst und Gemüse

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
Pressemitteilung

Berlin, 1. November 2017. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat die zukünftige Bundesregierung aufgefordert, Obst und Gemüse von der Mehrwertsteuer zu befreien. Dadurch solle eine gesunde Ernährungsweise – gerade bei Kindern – gefördert werden, erklärte foodwatch anlässlich der heutigen „Jamaika“-Sondierungsgespräche zu den Themen Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

„Es gibt zahlreiche Fehlanreize, die eine gesunde Ernährung unnötig erschweren: Werbung, die bereits kleinen Kindern vor allem Süßigkeiten andient, eine unverständliche Nährwertkennzeichnung und nicht zuletzt die Preise. Es ist höchste Zeit, mit steuerpolitischen Maßnahmen eine gesunde Ernährung zu erleichtern – das wird mit gutem Grund von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen. Wenn die Jamaika-Koalitionäre gesunde Ernährung ernsthaft fördern möchten, dann müssen sie konsequent handeln. Die Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse muss abgeschafft werden. Das hilft den Menschen und den gesundheitspolitischen Zielen gleichermaßen“, sagte foodwatch-Geschäftsführer Martin Rücker.

Fehlernährung und Übergewicht sind – besonders bei Kindern – ein ernstes Problem. Allein durch Adipositas (Fettleibigkeit) entstehen in Deutschland jedes Jahr etwa 63 Milliarden Euro Folgekosten. 15 Prozent der Kinder hierzulande sind übergewichtig, sechs Prozent sogar adipös, also fettleibig –

ihnen drohen Krankheiten wie Diabetes, Gelenkprobleme, Bluthochdruck und Herzerkrankungen. Im Vergleich zu den 1980er und 1990er Jahren ist der Anteil übergewichtiger Kinder um 50 Prozent gestiegen. Der wichtigste Grund für das Übergewichtsproblem: Kinder ernähren sich falsch. Laut einer umfassenden Studie des staatlichen Robert Koch-Instituts essen Kinder zu wenig pflanzliche Lebensmittel – insbesondere Gemüse, Obst, Brot, Kartoffeln und andere kohlenhydratreiche Beilagen. Gleichzeitig essen die meisten Kinder deutlich zu viel Fleisch und Wurst und mit zunehmendem Alter generell zu viele fettreiche tierische Lebensmittel. Und vor allem verzehren Kinder in deutlich zu großen Mengen Süßwaren, Knabberartikel, zuckrige Müslis und Limonaden.

Quellen und weiterführende Informationen:

- Zahlen und Fakten zur Kinderernährung im Überblick:
www.foodwatch.org/de/informieren/kinderernaehrung/mehr-zum-thema/daten-und-fakten/
- Ernährungsstudie “EsKiMo“ vom Robert Koch-Institut und der Universität Paderborn (2007):
www.bmel.de/cae/servlet/contentblob/378624/publicationFile/25912/EsKiMoStudie.pdf
- Studie vom Gesundheitsökonom Dr. Effertz, Universität Hamburg, zu den volkswirtschaftlichen Kosten durch Adipositas in Deutschland (2016): www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/26701837
- Empfehlungen der WHO zur Besteuerung von Lebensmitteln (2016):
www.who.int/dietphysicalactivity/publications/fiscal-policies-diet-prevention/en/

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 290

foodwatch-Analyse: Zehn Jahre Politikversagen bei der Lebensmittelkennzeichnung

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Pressegespräch

In Politik und Medien sind die Themen Lebensmittelkennzeichnung und Etikettenschwindel seit vielen Jahren präsent. Immer wieder gab es von politischer Seite Versprechungen und Ankündigungen, die Kennzeichnung verbraucherfreundlicher zu gestalten. Aber was ist daraus geworden? Warum sind Werbelügen noch immer Alltag im Supermarkt? Und wie ist die Situation in anderen europäischen Ländern? Diese Fragen beantwortet foodwatch in einer Analyse zur Verbraucherpolitik in Sachen Lebensmittelkennzeichnung der letzten Jahre. Die Analyse wollen wir gerne – auch anhand konkreter Produktbeispiele – bei einem kleinen Frühstück vorstellen und diskutieren.

Zu unserem Pressegespräch laden wir Sie herzlich ein:

Termin: Mittwoch, 8. November 2017, 10:00 Uhr

Ort: Habel am Reichstag, Luisenstraße 19, 10117 Berlin (unter den S-Bahn-Bögen)

mit: **Oliver Huizinga** und **Sophie Unger**, Recherche & Kampagnen bei foodwatch

Für eine Rückmeldung, ob wir mit Ihrem Kommen rechnen dürfen, wären wir Ihnen sehr dankbar – telefonisch unter (0 30) 24 04 76 – 290 oder per Mail an presse@foodwatch.de.

Kontakt:

Andreas Winkler

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: (0 30) 24 04 76 – 290

Mail: presse@foodwatch.de.

Bundespreis Ecodesign 2017 – Einladung zur Preisverleihung

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Bundespreis Ecodesign lädt herzlich zur Preisverleihung des Bundespreises Ecodesign 2017 am

Montag, den 27. November um 18:00 Uhr ein. Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks und die Präsidentin des Umweltbundesamtes Maria Krautzberger ehren bei der feierlichen Verleihung im Bundesumweltministerium in Berlin die diesjährigen Preisträger/-innen.

Ausstellung und Presserundgang

Die prämierten Projekte sind am Abend der Veranstaltung in einer kleinen Ausstellung zu sehen. Ab 17:00 Uhr findet ein Presserundgang in der Ausstellung statt.

Vorab-Informationen über die Gewinner

Gerne teilen wir Ihnen unter Auflage einer Sperrfrist die prämierten Einreichungen im Vorfeld mit und senden Ihnen Informationen sowie Bildmaterial zu. Ab Mitte November stellen wir Ihnen auch Kurzfilme zu allen ausgezeichneten Arbeiten zur Verfügung. Alle nominierten Projekte können Sie bereits jetzt auf der Internetseite des Bundespreises Ecodesign sehen:

bundespreis-ecodesign.de/de/wettbewerb/2017/nominierte.html

Das Bundesumweltministerium (BMUB) und das Umweltbundesamt (UBA) loben den Bundespreis Ecodesign in Kooperation mit dem

Internationalen Design Zentrum Berlin (IDZ) seit 2012 jährlich aus. Der Bundespreis Ecodesign zeichnet Produkte, Dienstleistungen und Konzepte aus, die sowohl ökologisch als auch ästhetisch überzeugen.

Preisverleihung Bundespreis Ecodesign 2017

am Montag, den 27. November 2017

um 18:00 Uhr

Presserundgang um 17:00 Uhr

Einlass für Gäste ab 17:30 Uhr

im Bundesumweltministerium (BMUB)

Stresemannstraße 128-130

10117 Berlin

S- und U-Bahnhof Potsdamer Platz

Begrüßung

Dr. Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin

Auftakt der Verleihung

Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes

Prof. em. Günter Horntrich, Vorsitzender der Jury

Verleihung der Preise durch

Dr. Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin

Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes

Im Anschluss: Get-together mit Flying-Buffet und Musik

Hier finden Sie alle Informationen noch einmal zusammenfasst
als pdf-Datei zum Download:

http://www.idz.de/dokumente/Einladung_BundespreisEcodesign2017_digital.pdf

—

Büro Bundespreis Ecodesign

c/o IDZ | Internationales Design Zentrum Berlin e.V.

Am Park 4

10785 Berlin

Kontakt für Presseanfragen:

Frau Lene Schwarz

T +49 30 61 62 321-21

facebook.com/BundespreisEcodesign

twitter.com/bundespreiseco

presse@bundespreis-ecodesign.de

www.bundespreis-ecodesign.de

UN-Klimagipfel in Bonn: Ein Regelbuch und starke Botschaften an Berlin und Washington

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch erwartet Fortschritte bei Umsetzung des Paris-Abkommens und Hilfe für die vom Klimawandel am stärksten Bedrohten, aber auch Druck auf die schwarz-gelb-grünen Verhandlungen in Berlin

Bonn (2. Nov. 2017). Wirksame Umsetzungsregeln für das Pariser Klimaabkommen, die Erhöhung der Klimaziele der Staaten und Unterstützung für die vom Klimawandel am stärksten bedrohten Menschen im globalen Süden – das sind aus Sicht der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch die zentralen Themen der am Montag beginnenden Weltklimakonferenz. Doch neben den Verhandlungsergebnissen geht es auch um die politischen Signale, betont Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: „Die Weltklimakonferenz macht Druck auf den

Gastgeber. Hier in Deutschland sind die CO₂-Emissionen seit 2009 nicht mehr gesunken. Wenn nicht die Stilllegung der Hälfte der Kohlekraftwerke bis 2020 in den Koalitionsverhandlungen beschlossen wird, wird das deutsche Klimaziel für 2020, die Emissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent zu verringern, krachend verfehlt.“ Zum anderen gehe es um internationale Wirkung. „Wir brauchen ein klares Signal, dass die Umsetzung des Paris-Abkommens weltweit weiter vorankommt – trotz der klimapolitischen Geisterfahrt der US-Regierung“, so Bals. „Seit Paris sind die energiebedingten Emissionen weltweit nicht mehr gestiegen, spätestens ab 2020 sollten sie sinken, um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern.“

Im Kern geht es bei den Verhandlungen unter Vorsitz der Fidschi-Inseln um drei Bereiche: Erstens müssen jetzt zum völkerrechtlich verbindlichen Vertrag von Paris die Umsetzungsregeln auf den Weg gebracht und nächstes Jahr verabschiedet werden. „Dieses Regelbuch muss zum Beispiel sicherstellen, dass eine Tonne CO₂-Reduktion in China auch einer Tonne CO₂-Reduktion in Deutschland entspricht“, erklärt Bals. „Oder auch, dass ein und dieselbe Finanzhilfe nicht mehrfach versprochen wird, indem zum Beispiel einfach längst zugesagte Entwicklungs- zu neuer Klimafinanzierung umetikettiert wird.“ Es geht in Bonn darum, den Entwurf dieses Regelbuchs so weit zu erarbeiten, dass es im kommenden Jahr abgeschlossen werden kann, so die Erwartungshaltung von Germanwatch.

Zweitens müssen die Regeln festgelegt werden für die alle fünf Jahre stattfindenden Verschärfungsrunden für die Klimaziele der Staaten. Die erste beginnt im nächsten Jahr. Denn die bislang vorgelegten Ziele reichen längst nicht aus, um den Klimawandel auf deutlich weniger als 2 oder gar 1,5 Grad zu begrenzen, wie es das Paris-Abkommen vorsieht.

Drittens muss die Unterstützung für die vom Klimawandel am stärksten bedrohten Menschen im globalen Süden verbessert

werden. Dazu muss der erfolgreiche Anpassungsfonds des Kyoto-Protokolls eine neue Heimat im Paris-Abkommen finden, um weiterhin Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Darüber hinaus muss ein Arbeitsplan für die nächsten fünf Jahre erstellt werden, wie die Menschen unterstützt werden können, die heute schon Schäden und Verluste durch Folgen des Klimawandels erleiden, an die keine Anpassung mehr möglich ist. Auch dafür müssen Finanzierungsstrategien erarbeitet werden.

Hinweise für Redaktionen:

– Termine Germanwatch:

4.11. (Sa.), Teilnahme an Demo „Klima schützen – Kohle stoppen“ in Bonn (als Gast dabei u.a. Saúl Luciano Lliuya aus Peru, Kläger bei „Klimaklage“ gegen RWE)

9.11. (Do.), 10:30 Uhr: PK zur Vorstellung des Globalen Klima-Risiko-Index bei der COP (Bula-Zone)

15.11. (Mi.), 10 Uhr: PK zur Vorstellung des Klimaschutz-Index bei der COP (Bula-Zone)

– Germanwatch beobachtet die Verhandlungen bei der Weltklimakonferenz mit einem Team von Experten/innen. Kontaktvermittlung über Pressesprecher Stefan Küper (Kontakt s.u.).

– Fortlaufend Neuigkeiten und Themen-Schwerpunkte zur COP: <https://germanwatch.org/cop23> oder bei Twitter: @Germanwatch

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Neuer Akteur auf dem Bio-Milchmarkt – Sepp Forstner ist bundesweiter Biokreis-Milchmarkt-Experte

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
Aktuelles

25.10.2017

Personal: Neuer Akteur auf dem Bio-Milchmarkt – Sepp Forstner ist bundesweiter Biokreis-Milchmarkt-Experte

Biokreis-Fachberater Sepp Forstner ist neuer bundesweiter Milchmarkt-Experte im Biokreis. Der 29-Jährige fungiert damit als erster Ansprechpartner für die Vermarktung von Bio-Milch, die Koordination mit Molkereien, Milch-Verarbeitern und dem Bio-Milchhandel. Auch Marktgespräche zu Standards und Qualitätssicherung gehören zu seinen Aufgaben. „Wir freuen uns, Sepp Forstner mit dieser Position betrauen zu können“, sagt Biokreis-Geschäftsführer Sepp Brunnbauer, „er kennt sich mit Bio-Milch von der Erzeugung bis zur Vermarktung hin bestens aus und kann seine Kenntnisse und Erfahrungen als bundesweiter Bio-Milchmarkt-Experte für den Biokreis optimal bündeln und einsetzen.“

Bio-Heumilch mit Verein und Struktur

Landwirtschaftsmeister Sepp Forstner bewirtschaftet gemeinsam mit seiner Frau Veronika einen Milchviehbetrieb in Bad Endorf im Chiemgau. Darüber hinaus ist er im Biokreis als Berater für landwirtschaftliche Erzeugung tätig und hat sich als solcher im Verband einen Namen gemacht. In den vergangenen Monaten brachte er ein Projekt zur Erzeugung von Bio-Heumilch auf den Weg. Die „Bio-Heumilch-Bauern Bayern“, derzeit 14 Bio-Bauern, liefern ihre Biokreis-Heumilch an die Andechser Molkerei Scheitz. Sowohl die Organisation als auch die Vermarktung hat Sepp Forstner in die Wege geleitet und betreut. Derzeit wird die Bio-Heumilch bei Rewe und Edeka angeboten. „Mit diesem Projekt hatte ich die Möglichkeit, tiefe Einblicke in den deutschen Bio-Milchmarkt zu gewinnen, die Branche kennen zu lernen und mir umfassende Kenntnisse und Kontakte zu verschaffen. Daher freue ich mich, auch künftig auf diesem Gebiet wirken zu können“, sagt Sepp Forstner.

Pressekontakt

Julia Krauß

Biokreis e.V.

Stelzlhof 1

94034 Passau

T: 0851 / 756 50-20

F: 0851 / 756 50-25

hilmer@biokreis.de

www.biokreis.de